Bergpredigt im Tarnanzug

Von „Schwerter zu Pflugscharen“ zur neuen Friedensdenkschrift: Unser Autor beleuchtet den Kurswechsel der Evangelischen Kirche in Deutschland und den schwindenden Protest dagegen

LUTZ MÜKKE



Einer der maßgeblichen geistigen Köpfe hinter der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ in den 1980er-Jahren war Harald Bretschneider, der frühere sächsische Landesjugendpfarrer. EPD/IMAGO

Früher sollten aus Schwertern Pflugscharen werden. Heute scheint selbst die evangelische Kirche darüber nachzudenken, wie man aus Pflugscharen theologisch wieder Schwerter schmiedet.

Im November 2025 veröffentlichte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ihre neue Friedensdenkschrift. Ein bemerkenswertes Dokument. Atomare Abschreckung? Unter Umständen notwendig. Militärische Präventivschläge? Im Extremfall vertretbar. Pazifismus? Als persönliche Gewissensentscheidung willkommen, als allgemeines politisches Konzept ethisch nicht zu begründen. Man könnte meinen, das Papier sei im Verteidigungsministerium gegengelesen worden.

Besonders abenteuerlich ist der Umgang mit Atomwaffen. Ihr Einsatz sei durch nichts zu rechtfertigen, schreibt die EKD. Ihr Besitz könne allerdings dennoch sicherheitspolitisch notwendig sein. Zur nuklearen Teilhabe gebe es keine eindeutigen ethischen Vorgaben.

Man muss sich diese Logik auf der Zunge zergehen lassen: Der Einsatz einer Waffe, die Millionen Menschen vernichten kann, ist moralisch unvertretbar, ihr Besitz zur Abschreckung aber möglicherweise notwendig. Was für ein theologischer Spagat. Übrigens: Atomare Abschreckung funktioniert nur, wenn der Gegner damit rechnen muss, dass die Bombe auch auf sein Territorium abgeworfen wird.

Noch aufschlussreicher sind die Überlegungen zu Präventivangriffen. Wenn eine existenzielle Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen unmittelbar bevorstünde und friedliche Mittel ausgeschöpft wären, könne militärische Gewalt ausnahmsweise gerechtfertigt sein. Die EKD formuliert sogar strenge Bedingungen dafür und warnt vor Missbrauch. Wie beruhigend.

Im März 2003 überfielen die USA und Großbritannien den Irak. Die Begründung: Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen und stelle eine gefährliche Bedrohung dar. Geheimdienstdossiers, Satellitenbilder, dramatische Reden vor dem UN-Sicherheitsrat. Alles schien plausibel. Nur die behaupteten Massenvernichtungswaffenarsenale gab es nicht.

Der Krieg stürzte das Land in ein Desaster. Mehr als 200.000 gewaltsam getötete Zivilisten sind seit 2003 dokumentiert. Bürgerkrieg, Terror, der Aufstieg des sogenannten Islamischen Staates gehörten zu den Folgen der Destabilisierung.

Die EKD erwähnt den Irak-Krieg sogar selbst als Warnung vor dem Missbrauch präventiver Gewalt. Und hält die Tür dennoch dafür offen.

Meine Fragen an die Kirchenoberen: Wer stellt im Ernstfall fest, wann eine Bedrohung unmittelbar bevorsteht? Die Geheimdienste, die im Irak so professionelle Analysen lieferten? Die Regierung, die einen Krieg für notwendig erklärt? Oder wird es ein kirchlicher Ethikrat sein?

Auch Afghanistan könnte zu denken geben. 20 Jahre Krieg, gewaltige militärische Überlegenheit. 2021 übernahmen trotzdem wieder die Taliban die Macht. Milliarden für einen gescheiterten Demokratieexport per Waffe. Zurück blieb eine erschreckende Bilanz westlicher Selbstüberschätzung.



Grünen-Protest gegen Aufrüstung in Köln 1992 SVEN SIMON ARCHIVES

Oder der Sahel. Mehr als ein Jahrzehnt internationaler Militäreinsätze, vor allem in Mali. Französische Antiterroroperationen, amerikanische Geheimoperationen, deutsche Beteiligung an allen möglichen Militärmissionen, Milliardenaufwand, rund 20.000 Bundeswehrsoldaten in Marsch gesetzt.

Das Fazit ernüchternd: Die Region wurde nicht stabilisiert, Migration nicht gestoppt, Terrorismus nicht besiegt. Im Gegenteil: Militärputsche, anhaltende dschihadistische Gewalt, der Abzug westlicher Truppen. Von den einstigen militärpolitischen Zielen blieb nicht viel übrig. Hier und da, in manchem Datenfolder, ein paar alte Power-Point-Präsentationen von damals, die heute völlig surreal wirken.

Und das sind nur Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit. Die gesamte Welthistorie böte endlos gute Gründe, militärischen Heilsversprechen mit äußerstem Misstrauen zu begegnen. Die EKD aber sucht nach Bedingungen, unter denen Gewalt auch noch durch sie gerechtfertigt wird.

Warum eigentlich? Vielleicht liegt es an der Nähe zur Macht. Kirchenleitungen sitzen ziemlich oft mit am Tisch der politischen Eliten. Man kennt sich, lädt einander ein, tauscht sich aus, spricht dieselbe Sprache, applaudiert bei den gleichen Laudatios. Wer lange genug am Tisch der Macht Platz genommen hat, beginnt irgendwann, die Welt mit den Augen der Gastgeber zu betrachten. Aus kritischer Distanz wird institutionelle Nähe. Aus Widerspruch staatstragende Verantwortung.

Fehlendes Engagement

Oder hat sich schlicht die Mitgliederstruktur verändert? Sind viele jener unbequemen Friedensbewegten, die in den 1980er-Jahren noch Friedensgebete organisierten, Wehrdienstverweigerer unterstützten und sich mit der Staatsmacht anlegten, längst nicht mehr dabei?

Haben nach 1990 insbesondere im Osten der Bundesrepublik zu viele von ihnen die Beitragszahlungen eingestellt und sich von der Kirche verabschiedet, im Zuge der großen Nachwende-Austrittswellen? Sind die kritischen Geister gegangen und die Anpassungsfähigen geblieben?

Nach 1990 erlebten die ostdeutschen Kirchen eine massive Austrittswelle. Allein 1992 verließen mehr als 100.000 Menschen die evangelischen Landeskirchen im Osten. Nicht nur die Kirchensteuer spielte eine Rolle. Viele störten sich auch daran, dass die einst staatskritische Kirche zunehmend die Nähe zur neuen politischen Macht suchte.

Das sind Fragen, keine fertigen Antworten. Aber Fragen, die sich eine Kirche gefallen lassen muss, wenn sie sich so deutlich von Teilen ihrer eigenen Tradition entfernt. Denn gerade in Ostdeutschland besitzt dieser Kurswechsel einen besonders bitteren Beigeschmack.

Unter dem Dach evangelischer Kirchen organisierten sich in der DDR Friedensgruppen. Sie widersetzten sich Militarisierung, Wehrerziehung und staatlich verordneten Feindbildern. „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde zum Symbol einer Bewegung, die 1989 wesentlich zur Friedlichen Revolution beitrug.

Heute erklärt die EKD den christlichen Pazifismus als allgemeine politische Theorie für ethisch nicht begründbar. Persönlich darf man natürlich weiter Pazifist sein. Vielen Dank auch.

Gegen diese Neuorientierung richtet sich seit März 2026 eine Petition an den Rat der EKD. Sie fordert die Rücknahme der Denkschrift und eine Neuerarbeitung unter breiter Beteiligung von Gemeinden und Friedensinitiativen.

Zu den Erstunterzeichnern gehören unter anderem die Professoren Johannes Varwick und Klaus Dörre. Die Übergabe der Unterschriften ist für die EKD-Synode im November vorgesehen.

Das Ergebnis nach sieben Monaten? 3000 Unterzeichner! Bei einer Kirche mit 17,4 Millionen Mitgliedern. Was ist denn hier los? Wo sind die Friedensbewegten, die Pfarrer, die engagierten Gemeindemitglieder? Ist die friedensethische Neuorientierung der EKD tatsächlich so wenig umstritten? Sind die Pazifisten längst gegangen? Oder haben sie einfach aufgehört, sich einzumischen?

Klar, die geringe Zahl kann auch an mangelnder Bekanntheit der Petition liegen. Sie sagt nichts über die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Kirche. Aber dass eine solche Grundsatzfrage offenbar so wenig sichtbaren Protest mobilisiert, ist ein Befund an sich. Vielleicht sagt das über den Zustand des deutschen Protestantismus sogar mehr aus als die Denkschrift selbst.

Einer der maßgeblichen geistigen Köpfe hinter der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ in den 1980er-Jahren war Harald Bretschneider, der frühere sächsische Landesjugendpfarrer. Die Staatssicherheit bespitzelte ihn, Jugendliche wurden wegen des Tragens des von ihm mit auf den Weg gebrachten Friedenssymbols schikaniert, von Schulen verwiesen oder anderweitig bestraft. Heute gehört das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ zum historischen Erbe der Friedlichen Revolution.

Umso aufschlussreicher eine jüngste Episode. Als Bretschneider und Mitstreiter den Leipziger Appell „Mit Recht gegen Krieg – ein zivilgesellschaftlicher Aufruf zur Rückbesinnung auf Frieden und Völkerrecht“ im Bundeskanzleramt übergeben wollten, vorab lang genug angemeldet, wurden sie nicht einmal von einer Sekretärin empfangen.

Ein Mitarbeiter der Poststelle kam an die Pforte. Da half auch nicht, dass der Appell zuvor an historischem Ort verabschiedet worden war: bei einem Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche, dem Symbolort der Friedlichen Revolution von 1989.

Man muss sich das vor Augen führen: Einer der Wegbereiter jener Friedensbewegung, die wesentlich zur Überwindung der SED-Diktatur beitrug, bringt seine Sorge über die Militarisierung der Bundesrepublik zum Kanzleramt. Und die politische Führung lässt die Poststelle übernehmen.

Ein kleiner Vorgang? Vielleicht. Aber einer mit erheblicher Symbolkraft. Friedensbewegte werden bei Gedenkveranstaltungen zur Friedlichen Revolution gern gewürdigt. Man feiert ihren Mut, zitiert ihre Losungen, schmückt sich mit ihrer Geschichte.

Wenn sie heute politische Forderungen stellen, reicht jedoch die Poststelle. Die Botschaft ist schwer zu übersehen: Als historische Helden seid ihr willkommen, als politische Mahner allerdings nicht.

Zurück zur EKD. Natürlich gibt es ein Recht auf Selbstverteidigung. Natürlich müssen Menschen gegen Aggression geschützt werden. Aber gerade eine Kirche sollte weit mehr leisten, als die sicherheitspolitischen Argumentationsmuster von Regierungen und Militärs um biblische Fußnoten zu ergänzen.

Eine Kirche müsste unbequeme Fragen stellen. Etwa, warum Milliarden für immer neue Waffensysteme und für Heldennarrative in Endlosschleife mobilisiert werden, während Diplomatie, zivile Konfliktprävention und internationale Verständigung politisch so viel weniger Aufmerksamkeit erhalten. Oder, warum militärische Abschreckung zunehmend als alternativlos gilt, obwohl die Geschichte voller Beispiele ihres Scheiterns ist.

Und noch eine quälende Frage: Warum bemüht sich ausgerechnet die evangelische Kirche so ausführlich darum, militärische Gewalt zu rechtfertigen, statt mit derselben Entschiedenheit politische Alternativen und Dialog einzufordern und entschlossen gegen den politischen Zeitgeist zu argumentieren? Ist die Kirche noch ein kritisches Gegenüber staatlicher Macht? Oder ist sie deren moralischer Dienstleister?

Für militärische Bedrohungsanalysen haben wir Nachrichtendienste. Für Kriegsplanungen Generalstäbe. Für deren politische Legitimation Regierungen. Und für den Nachschub eine bestens hochgefahrene Rüstungswirtschaft. Braucht es als Dreingabe dazu wirklich auch noch die evangelische Kirche?

Und dann war da noch dieser Jesus. Der jedenfalls hat keine Denkschrift über die Vorzüge glaubwürdiger Abschreckung hinterlassen. Er sagte nicht: „Selig sind die Kriegstüchtigen.“ Er sagte: „Selig sind, die Frieden stiften.“

Und dann war da noch dieser Jesus. Er sagte nicht: „Selig sind die Kriegstüchtigen.“ Er sagte: „Selig sind, die Frieden stiften.“

Transparenzhinweis: Der Autor ist selbst friedenspolitisch engagiert und an mehreren im Text beschriebenen Vorgängen unmittelbar beteiligt. Er berichtete als Kriegsreporter aus Afghanistan und Mali, war Mitinitiator des genannten Leipziger Appells und stand gemeinsam mit Harald Bretschneider an der Pforte des Bundeskanzleramts.